

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/48

11. März 1976

Appell in letzter Stunde

Polen-Abkommen sind eine Basis für die Ausdehnung
Seite 1 / 39 Zeilen

Neue Fronten im Kampf um die Meere

Die Seerechtkonferenz ist kein Nord-Süd-Konflikt
Von Erwin Stahl MdB
Obmann der Fraktions-Arbeitsgruppe wirtschaftliche
Zusammenarbeit
Seite 2 bis 4 / 85 Zeilen

Wer trägt die Verantwortung?

ZDF-Löwenthal schädigt unsere Außenpolitik
Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD
Seite 5 und 5a / 68 Zeilen

Das politische Gewicht des Tourismus

Berlin muß ein internationaler Treffpunkt bleiben
Von Horst Haase MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der
SPD-Fraktion
Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 06 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Appell in letzter Stunde

Polen-Abkommen sind eine Basis für die Aussöhnung

Die Nachrichten und Informationen aus Polen häufen sich, die den wachsenden Schrecken unter den polnischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit vermitteln, die sich mit einem möglichen Scheitern der deutsch-polnischen Abkommen und allen sich daran anschließenden Folgen für ihr eigenes Schicksal konfrontiert sehen. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat in Bonn erklärt, daß das Nein der CDU/CSU zu diesen Abkommen "ein Akt der Solidarität mit den Betroffenen" sei. Er wollte diesen Satz vermutlich auf die Menschen bezogen wissen, die über die im Abkommen zunächst angesprochene Zahl von 125.000 hinaus auswandern möchten. Der Kohl-Satz wird aber zum blanken Zynismus, wenn man ihn mit der Angst der Deutschen in Polen insgesamt konfrontiert, denen das Nein der Unionsparteien die Türen in die Bundesrepublik ganz zuschlagen könnte.

Es wird nach der schon jetzt zu einem historischen Vorgang gewordenen Bundesratsitzung vom 12. März noch Zeit und Gelegenheit zur Benütze geben, um sich im einzelnen mit dem Verhalten der CDU in ihrer Mehrheit und der CSU als ganzer sowie der Männer zu befassen, die als Sprecher der Unionsparteien in diesem dramatischen Ringen um das Schicksal der deutsch-polnischen Abkommen und der vorerst 125.000 Auswanderer aufgetreten sind. In dieser von der CDU/CSU mit allen nur denkbaren Emotionen angeheizten Auseinandersetzung sind Sätze und Worte gefallen, deren sich ihre Urheber gewiß zutiefst schämen werden, auch wenn diese Besinnung hinterher kaum noch etwas nutzen kann, wenn erst einmal das Abkommen gescheitert sein sollte.

In diesen wenigen letzten Stunden vor der Bundesratsitzung vom Freitagvormittag sollte aber dem sehr ernsthafte und engagierten Verbrauch Raum gegeben werden können, alle politisch und persönlich Verantwortlichen in der Bundesrepublik auf die Tatsache zu verweisen, daß sie vor ihrem Votum ein letztes Mal und jeder für sich überlegen müßten, was von ihrer Stimme abhängt: Für die west-östlichen Beziehungen, für die Entspannung und den Frieden in Europa, für die vielen Zehntausende von deutschen Menschen, von denen jedes einzelne Schicksal schwer auf der Waagschale der Menschlichkeit liegt, und - noch einmal sei es gesagt - vor allem auch für die in unserem und im Interesse unserer Kinder so unumgänglich notwendige Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, für deren Verwirklichung eine geschichtliche Stunde angebrochen ist. Axel Springers Kampfblatt "Die Welt" nannte die Forderung nach der Aussöhnung in schäblicher Agitation eine "Romanformel". Es ist an Bonn, es ist an der CDU/CSU, daß die deutsch-polnische Aussöhnung zu einem leuchtenden Zeichen der Hoffnung in dieser gefährdeten Welt wird. Das Ja zu den deutsch-polnischen Abkommen gibt dieser jetzt realisierbaren Hoffnung eine tragfähige Basis.

Erhardt Eckert
(-/11.3.1976/bgj/e/pr)

+ + +

Neue Fronten im Kampf um die Meere

Die Seerechtskonferenz ist kein Nord-Süd-Konflikt

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Fraktions-Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit

Fachkonferenzen der Vereinten Nationen sind nicht neu und seit einigen Jahren von den gegensätzlichen Meinungen der Industriestaaten und den Entwicklungsländern geprägt, aber auch zunehmend von der Einsicht, daß die reichen Industrieländer im weltweiten Verteilungskampf die Gebenden sein sollten. Dies hat sich bei den beiden letzten Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen über Rohstoffe und die Weltwirtschaft ebenso gezeigt, wie bei der zur Zeit stattfindenden Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris. Auch bei der vierten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) im Mai in Nairobi ist dies zu erwarten.

Anders bei der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, die in ihrer vierten Runde am 15. März in New York wieder aufgenommen wird und bis zum 7. Mai andauern soll. Hier wurde zwar auch im Vorfeld versucht, eine gemeinsame Front der nun mehr als 100 Entwicklungsländer zählenden "Gruppe der 77" gegen die Industriestaaten aufzubauen, aber dies ist aufgrund der verschiedenen Interessenlagen nur sehr begrenzt verwirklicht worden. Auf der Konferenz stehen sich nicht der reiche Norden und der arme Süden gegenüber, sondern die geographisch bevorzugten und die geographisch benachteiligten Länder; weiter die rohstoffreichen und die rohstoffarmen; Staaten, deren Wirtschaft vom ungestörten Überseeexport abhängt und wirtschaftlich relativ introvertierte Länder. Ferner Staaten, die zur Ausbeutung der Meeres-schätze in der Lage sind und solche, die dies nicht können; schließlich die Staaten mit starken Hochseestreitkräften und jene ohne sie.

Diese Frontstellungen charakterisieren die wichtigsten Streitpunkte der Seerechtskonferenz:

- den Zugang zu den Schätzen im Wasser und im Meeresboden;

- die Freiheit des See- und Luftverkehrs;
- die obligatorische Streitregelung in Fragen der Aufteilung und Nutzung des Meeres.

Zu allen Punkten bilden sich komplizierte und rasch wechselnde Interessengemeinschaften, aber eines ist klar ersichtlich: Die beiden Großmächte USA und UdSSR ziehen praktisch immer am gleichen Strang und mit ihnen in vielen Bereichen Länder wie Neuseeland und Australien, Japan und Norwegen, Argentinien, Chile, Südafrika und Brasilien. Ihnen stehen Länder gegenüber wie Bangladesch, der Iran, Afghanistan, Österreich und die Mongolei, aber auch die DDR und die Bundesrepublik Deutschland. Unter den 97 "benachteiligten" Staaten und jenen ohne Zugang zum Meer sind 67 Entwicklungsländer; 19 von ihnen zählen zu den hochentwickelten Industriestaaten. Zu den 34 geographisch bevorzugten Staaten gehören immerhin 12 Industriestaaten, darunter die beiden Großmächte USA und die Sowjetunion.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bei der Seerechtskonferenz in einer außergewöhnlich ungünstigen Verhandlungsposition. Sie muß zu fast 90 Prozent mit ausländischen Rohstoffen versorgt werden und hat keine Aussicht, die Meeresbodenschätze ungehindert nutzen zu können, falls sie einer internationalen Regelung unterworfen werden wird. Sie ist ferner eine der großen Fischfangnationen und wird auf den freien Zugang zu den großen Fischfanggründen vor fremden Küsten wahrscheinlich verzichten müssen, weil die Einrichtung von 200 Seemeilen breiten Wirtschaftszonen mit Sicherheit erfolgen wird. Hier wird es notwendig sein, früh bilaterale Verträge abzuschließen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten, um unserer Hochseefischerei den notwendigen Aktionsraum zu erhalten. Unsere Wirtschaft ist abhängig vom intensiven Seeverkehr; trotzdem werden wir uns mit zusätzlichen 106 Meerengen unter der Hoheit der Anliegerstaaten abfinden müssen. Auch dieser Punkt sollte einer neuen Betrachtung unterzogen werden.

Fast in allen diesen Bereichen steht der Bundesrepublik die Gruppe der bevorzugten Staaten mit den beiden Großmächten gegenüber, die zur Durch-

setzung ihrer Forderungen entschlossen sind - wenn nötig, durch einseitige Maßnahmen.

Dem amerikanischen Kongreß liegt ein Gesetzentwurf vor, in dem eine Wirtschaftszone von 200 Seemeilen Breite gefordert wird. Die UdSSR mit ihren ebenfalls langen Küsten wird, wie die Verhandlungen mit Norwegen zeigen, bald folgen. Die USA und die UdSSR gehdren bei fast allen auf dem Lande vorkommenden Rohstoffen zu den größten Produzenten, verfügen aber gleichzeitig - wie die Bundesrepublik - über die technologischen Möglichkeiten zur Tiefseebodennutzung. Der Anteil des internationalen Handels an den Volkswirtschaften der beiden Supermächte und mithin ihre Abhängigkeit vom Seeverkehr ist viel geringer als der der Bundesrepublik.

Die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen ist insofern in die Reihe der VN-Konferenzen über das Nord-Süd-Verhältnis einzugliedern, als sie auch ein Schritt zur Neuformulierung der internationalen Wirtschaftsordnung des Völkerrechts sein wird. Der Unterschied zu den anderen VN-Konferenzen liegt darin, daß nicht in erster Linie die "Gruppe der 77" die Richtung bestimmt, sondern die geographisch begünstigten Anlieger-Staaten mit den Großmächten an der Spitze. Ideologische Positionen gelten hier nichts; auf der Seerechtskonferenz wird ohne Übertreibung auch um die künftige wirtschaftliche Machtverteilung gekämpft. Bei diesem Kampf ist die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal im Lager der Schwächeren. Zum erstenmal erfahren wir ganz konkret, daß zwischen unserem Schicksal und dem Schicksal weit entfernter Entwicklungsländer ein direkter Zusammenhang besteht.

Es wäre gut, der Entwicklung der Seerechtskonferenz mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken, damit Chancen und Möglichkeiten, die sich aus den neuen Erkenntnissen ergeben, bilateral ohne Verzug genutzt werden können. Es zeigt sich wohl immer deutlicher, daß eine eraprießliche Zusammenarbeit und Kooperation mit den in Frage kommenden Ländern langfristig nur über bilaterale Abkommen möglich werden wird. Dies gilt für die Hochseefischerei genau so wie für die Versorgung mit Rohstoffen.

(-/11.3.1976/ve/e/pr)

Wer trägt die Verantwortung?

ZDF-Löwenthal schädigt unsere Außenpolitik

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Bei der algerischen Regierung herrscht Empörung über das Zweite Deutsche Fernsehen. In einem offiziellen Protest, der dem Auswärtigen Amt übermittelt worden ist, wird von Verleumdung und böswilliger Beleidigung des Staatsoberhauptes und des Außenministers von Algerien und von einer gravierenden Affront gesprochen.

Diese Demarche bezieht sich auf Tatsachenbehauptungen, die am 3. März 1976 im "ZDF-Magazin" verbreitet worden sind. Gerhard Löwenthal hatte unter Berufung auf "zuverlässige Berichte westlicher Sicherheitsorgane" seinen Zuschauern folgende Story über den internationalen Terroristen "Carlos" und seine angeblichen Auftraggeber serviert:

"Carlos befindet sich in Algerien, wo er eine neue Operation vorbereitet. Auf Anweisung des algerischen Präsidenten Boumedienne bereitet er die Ermordung des marokkanischen Königs Hassan II. vor sowie des marokkanischen Ministerpräsidenten Ouan. Die Operation war ursprünglich bereits für den 12. Dezember vorigen Jahres geplant. Carlos wird von zwei Personen unterstützt, die Boumedienne speziell dafür ausgesucht hat: Vom Chef der algerischen militärischen Sicherheitspolizei, der auch gleichzeitig Chef der Leibwache Boumediennes ist, von Kommandant Taihibi und von einem gewissen Mohamed Maruf. Beide haben Carlos auch bei dem Wiener Überfall unterstützt. Nach Wien begab sich Carlos über Tanger und Brüssel. Die Strecke Rabat-Tanger legte er im Wagen des algerischen Militär-Attachés in Marokko, Mohamed Boutella, zurück. Auf die Frage nach dem Motto für den Anschlag von Wien geben die Informierten westlicher Sicherheitsdienste folgende Antwort: Boumedienne und Bouteflika, der algerische Außenminister, haben den Terrorakt von Wien beschlossen, um die Repräsentanten der Erdölländer zu terrorisieren."

Die Regierung in Algier sieht in diesem Vorgang eine Belastung der deutsch-algerischen Beziehungen und spricht die Erwartung aus, daß ihr Ge-

nugtung gaschehe, indem die Bundesregierung Schritte unternehme. In dieser unerfreulichen Situation wird die Bundesregierung bei ihrer Reaktion darauf hinweisen müssen, daß es in unserem Staat keinen Zugriff auf publizistische Organe und deshalb ihrerseits keine Untersuchung der Frage geben kann, auf welche Quellen sich der Bericht im "ZDF-Magazin" stützt.

Damit kann es und darf es jedoch nicht sein Bewenden haben, wenn eine dauerhafte Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Algier und Bonn vermieden werden soll. Vielmehr sind die Organe der öffentlich-rechtlichen Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen aufgerufen, sich dieses Vorgangs anzunehmen. Die Initiative zur gebotenen Prüfung müßte vom Intendanten ausgehen. Im Staatsvertrag über das ZDF heisst es jedenfalls: "Es wird vermutet, daß für die Sendung aller Beiträge der Intendant verantwortlich ist. Sofern und soweit für ihn ein Vertreter tätig war, gilt die Vermutung zu dessen Lasten". Ebenfalls im Staatsvertrag ist festgelegt: "Die Berichterstattung soll umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein. Herkunft und Inhalt der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte sind sorgfältig zu prüfen." Daran knüpft sich der folgende Kommentar des ZDF-Justitars Dr. Ernst Fuhr: "Grundlage für die wahrheitsgetreue und sachliche Berichterstattung ist vor allem die sorgfältige Prüfung der Berichte auf Herkunft und Inhalt. Bestehen insoweit Zweifel, so muß auf eine Ausstrahlung verzichtet werden".

An dieser Stelle und in diesem Zusammenhang ist zu konstatieren, daß sich die Redaktionsleitung des "ZDF-Magazin" nicht zum erstenmal dem Vorwurf ausgesetzt sieht, gegen diese Prinzipien verstossen zu haben. Einwandfrei nachgewiesen wurde ihr die Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht bei einer Kampagne gegen den "stern"-Chefredakteur Henri Nannen, deren juristische Folgen beim ZDF mit rund 400.000 DM zu Buche schlugen. Noch weitaus schlimmer wäre es, wenn nunmehr festgestellt werden müßte, daß durch ähnliche Leichtfertigkeit und mangelndes Verantwortungsbewusstsein zwischenpolitisches Porzellan zertrümmert worden ist. Die Pressefreiheit ist ein wertvolles Gut und ein unverzichtbarer Grundwert der Demokratie. Es kann nur eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Inanspruchnahme dieses Grundrechtes auch mit besonderen Pflichten und einer hohen Verantwortung verbunden ist. Wer auf diesem Felde Emotionen und Sensationiererei die Zügel schlassern läßt, gefährdet das Ansehen des journalistischen Berufs und des Organs, für das er ihn ausübt. Im konkreten Falle stehen zusätzlich wichtige Interessen der deutschen Aussenpolitik auf dem Spiel.

Die grundsätzliche Klärung des Vorgangs, der angesichts der Konfliktsituation in Nordafrika auch internationale Brisanz hat, ist ebenso dringlich wie unerlässlich.
(-/11.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Das politische Gewicht des Tourismus

Berlin muß ein internationaler Treffpunkt bleiben

Von Horst Haase MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Fraktion

Das Anliegen, Berlin in dieser Zeit verstärkt zu einem weltweiten Treffpunkt zu machen, hat die SPD-Bundestagsfraktion veranlaßt, die Internationale Tourismus-Börse (ITB) in Westberlin von einer starken Delegation ihrer Arbeitsgruppe Fremdenverkehr besuchen zu lassen. Die SPD-Fraktion unterstützt auf diese Weise sichtbar die politische Forderung, die Internationale Tourismus-Börse fest in Berlin zu verankern.

Die KSZE hat in einem eigenen Abschnitt ihres Schlußpapiers die Förderung der Kooperation von Reiseveranstaltern zwischen Ost und West sowie die Förderung des Tourismus insgesamt vorgesehen. Berlin sollte über die ITB verstärkt zum Mittelpunkt eines Austausches der Erfahrungen zwischen östlichen und westlichen Reiseveranstaltern gemacht werden. Auf der ITB sollte die Voraussetzung geschaffen werden für Begegnungen zwischen östlichen und westlichen Reiseveranstaltern und Tourismusexperten. Denkbar sind hier auch staatlich geförderte Seminare oder aber die verstärkte Vermittlung von Einzelgesprächen.

Allen Bestrebungen, Konkurrenzmesse in anderen deutschen Städten stattfinden zu lassen, sollte, soweit der Bund darauf Einfluß hat, eine entschiedene Absage erteilt werden. Es kann nicht im Interesse des Tourismus liegen, an Stelle einer zentralen Leistungsschau und Begegnungsstätte mehrere kleine unbedeutendere Veranstaltungen stattfinden zu lassen. Nachdem der Bund auch einen großen Teil der finanziellen Lasten dieser Tourismus-Börse trägt, muß im Auge behalten werden, daß die Effektivität des Mittelaussetzes nur gewährleistet ist, wenn damit eine international anerkannte zentrale Leistungsschau gefördert wird.

Der Einsatz der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gerade für diese Veranstaltung sollte aber auch begleitet sein von einigen Vorschlägen

zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin. Die Arbeitsgruppe hat konkrete Vorschläge für diese Weiterentwicklung unterbreitet. So soll spätestens auf der nächsten Tourismus-Börse mit einem Modellwettbewerb für neue, den Bedürfnissen der Urlauber noch mehr entgegenkommenden Ferienanlagen und Reiseveranstaltungen ein Schritt nach vorne getan wird. Vor allem sollte auch ein Anreiz für die Vorstellung von Modellen über Urlaubsanlagen im Ausland und in der Bundesrepublik gegeben werden, die besonders urlaubsfreundlich sind. Dabei werden sicher Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, die die Anpassung von Bauanlagen an die Landschaft, lärmfreie Zonen, Möglichkeiten sozialer Kontakte mit der landeseigenen Bevölkerung und von Urlaubern untereinander vorsehen. Die Entwicklung spezieller Modellreisen durch Reiseveranstalter, zu denen auch Träger der freien Jugendhilfe, Kirchen, Gewerkschaften usw. zu zählen sind, sollen dazu führen, daß neue Typen von Urlaubereisen gefördert und vorgestellt werden.

Wichtig ist auch das Problem, welches Deutschlandbild den Ausländern, aber auch den deutschen Urlaubern vermittelt wird. Es ist verstärkt auf Werbewahrheit und -klarheit Wert zu legen. Diesem wirklichen Deutschland-Bild wird man im Ausland sicher nicht gerecht, wenn große deutsche Veranstalter, wie z.B. die Lufthansa, sich weitgehend auf das Image des biertrinkenden, jodelnden und lederhosenbekleideten Deutschen bei ihrer Werbung stützen, weil sie damit bei vielen, Deutschland nicht persönlich kennenden Ausländern eine falsche Vorstellung von Deutschland erwecken. In jedem Fall muß auch das Gegeneinander der Deutschlandwerbung im Ausland eingeschränkt, ja möglichst beseitigt werden. Diese Frage auf der ITB sachverständig zu diskutieren, wäre sicher hilfreich. Ebenfalls ein wichtiger Diskussionspunkt ist die Belastung deutscher Urlaubergebiete. Viele Urlaubergebiete in der Bundesrepublik sind zu bestimmten Zeiten überlastet. Dies dient weder den Gebieten selbst, noch auch den sie besuchenden Touristen. So manche Fehlinvestition ist die Folge davon.

Es mag unbequem sein, solche Fragen zu diskutieren, sie jedoch auszuklammern heißt, bessere Lösungen von vornherein zu verhindern. Deshalb sollte die Internationale Tourismus-Börse in Berlin als ein Ort der Begegnung den Mut haben, solche Diskussionen zu führen und Lösungsvorschläge zu machen.

(-/11.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller